

HSD NR. 947

Das Verkündungsblatt der Hochschule
Herausgeberin: Die Präsidentin

18.04.2024
Nummer 947

Neubekanntmachung Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau an der Hochschule Düsseldorf

Vom 18.04.2024

Nachstehend wird der Wortlaut der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau an der Hochschule Düsseldorf vom 28.09.2018 (Verkündungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 633) neu bekannt gemacht. Die Neubekanntmachung berücksichtigt die Erste Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau an der Hochschule Düsseldorf vom 12.07.2019 (Verkündungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 666), die Zweite Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau an der Hochschule Düsseldorf vom 20.01.2021 (Verkündungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 726), die Dritte Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau an der Hochschule Düsseldorf vom 22.03.2021 (Verkündungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 774), die Vierte Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau an der Hochschule Düsseldorf vom 23.02.2022 (Verkündungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 824), die Fünfte Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau an der Hochschule Düsseldorf vom 25.10.2023 (Verkündungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 910) sowie die Sechste Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau an der Hochschule Düsseldorf vom 08.04.2024 (Verkündungsblatt der Hochschule Düsseldorf, Amtliche Mitteilung Nr. 941).

Düsseldorf, den 18.04.2024

gez.
Die Präsidentin
der Hochschule Düsseldorf
Prof. Dr. Edeltraud Vomberg

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Studiengang
- § 2 Ziele des Studiums; Zweck der Prüfung
- § 3 Mastergrad
- § 4 Studienbeginn
- § 5 Studienvoraussetzungen; Auswahlverfahren
- § 6 Regelstudienzeit; Studienumfang
- § 7 Prüfungen und Prüfungsfristen
- § 8 Nachteilsausgleich
- § 9 Kommission Civic Design
- § 10 Prüfungsausschuss
- § 11 Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 12 Anerkennung von Prüfungsleistungen
- § 13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

II. Masterprüfung

- § 14 Zulassung
- § 15 Zulassungsverfahren
- § 16 Umfang und Art der Masterprüfung
- § 17 Master-Thesis
- § 18 Zulassung zur Master-Thesis und Bearbeitung der Master-Thesis
- § 19 Annahme und Bewertung der Master-Thesis
- § 20 Kolloquium
- § 21 Modulprüfungen
- § 22 Modulprüfungsformen
- § 22a Präsentation mit Kolloquium
- § 22b Klausuren
- § 22c Besondere Prüfungsleistungen
- § 23 Lehrveranstaltungsformen
- § 23a Vorlesung (V)
- § 23b Seminar (S)
- § 23c Übung (Ü)
- § 24 Credits
- § 25 Bewertung von Prüfungsleistungen
- § 26 Zeugnis
- § 27 Masterurkunde

III. Schlussbestimmungen

- § 28 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 29 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 30 In-Kraft-Treten

Anlage: Prüfungs- und Studienverlaufsplan

I. ALLGEMEINES

§ 1 – GELTUNGSBEREICH DER PRÜFUNGSORDNUNG; STUDIENGANG

Diese Prüfungsordnung gilt für das Studium im Masterstudiengang „Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau“ des Fachbereiches Architektur/PBSA an der Hochschule Düsseldorf.

§ 2 – ZIELE DES STUDIUMS; ZWECK DER PRÜFUNG

(1) Der Masterstudiengang ist ein künstlerisch-wissenschaftlicher Studiengang, der das Ziel hat, auf der Grundlage wissenschaftlicher Methodik durch Vermittlung der künstlerischen, entwerferischen, technischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge zur Befähigung zu führen, die Planung und Ausführung von Bauaufgaben im Bereich der Architektur mit städtebaulichem Schwerpunkt selbstständig zu bearbeiten.

(2) Die Masterprüfung bildet einen weiteren berufsqualifizierenden Abschluss. Durch die Masterprüfung soll festgestellt werden, ob die Kandidatin oder der Kandidat die berufsqualifizierenden Fähigkeiten und Fertigkeiten in Form der für eine selbstständige Tätigkeit im Beruf notwendigen Fachkenntnisse erworben hat und die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Kenntnisse selbstständig anzuwenden. Von besonderer Bedeutung ist neben theoretischem und praktischem Wissen und Können die Befähigung zu kooperativ-integrativer Erarbeitung von Lösungen für interdisziplinär ausgerichtete Themenstellungen auf dem Gebiet der Architektur mit dem Schwerpunkt Städtebau.

§ 3 – MASTERGRAD

Aufgrund der bestandenen Masterprüfung verleiht die Hochschule Düsseldorf den akademischen Grad „Master of Science“, abgekürzt „M.Sc.“.

§ 4 – STUDIENBEGINN

Das Studium beginnt jeweils zum Wintersemester.

§ 5 – STUDIENVORAUSSETZUNGEN; AUSWAHLVERFAHREN

(1) Studienvoraussetzungen für die Aufnahme des Studiums in dem unter § 1 aufgeführten Studiengang sind:

- a) ein erfolgreicher Bachelor- oder Diplomabschluss in einem Studiengang der Architektur oder einem vergleichbaren akkreditierten in- oder ausländischen Studiengang mit 180 Credit Points;
- b) die Feststellung der künstlerisch-gestalterischen Eignung gemäß der Ordnung zur Feststellung der studienbezogenen künstlerisch-gestalterischen Eignung für den unter § 1 aufgeführten Studiengang in der jeweils gültigen Fassung;
- c) der Nachweis über deutsche Sprachkenntnisse der Niveaustufe B1 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER). Die Art des Nachweises und das Verfahren regelt die Einschreibungsordnung;

- d) der Nachweis über englische Sprachkenntnisse der Niveaustufe B2 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GER). Der Nachweis kann erfolgen durch die allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife, sofern die Sprache Englisch mindestens ab Klasse 8 durchgehend bis zum Schulabschluss belegt wurde, oder durch ein die Niveaustufe B2 bescheinigendes Zertifikat, welches bei Studienbeginn nicht älter als 24 Monate sein darf.

(2) Zugang zum Studiengang können auch Bewerberinnen und Bewerber erlangen, die zum Zeitpunkt des Bewerbungsschlusses die Studienvoraussetzung gemäß Absatz 1 Buchstabe a) noch nicht nachweisen können. Für die Feststellung der Qualifikation wird die Studienvoraussetzung vorläufig durch den Nachweis einer nach den bis zum Bewerbungszeitpunkt vorliegenden Prüfungsleistungen ermittelten Durchschnittsnote ersetzt. Der Nachweis über die Erfüllung der Studienvoraussetzung gemäß Absatz 1 Buchstabe a) ist im Falle eines zulassungsbeschränkten Angebots des Studiengangs spätestens zehn Wochen nach Ablauf der Bewerbungsfrist und im Falle eines zulassungsfreien Angebots spätestens bis zum 15.10. des Jahres der Studienaufnahme zu erbringen; andernfalls erlischt die Einschreibung mit Wirkung für die Zukunft.

(3) Erfüllen mehr Bewerberinnen und/oder Bewerber die Studienvoraussetzungen nach Absatz 1, als Studienplätze zur Verfügung stehen, werden die Studienplätze nach dem Ergebnis eines hochschuleigenen Auswahlverfahrens vergeben. Erfüllen weniger Bewerberinnen und/oder Bewerber die Zugangsvoraussetzungen, als Plätze zur Verfügung stehen, findet ein Auswahlverfahren nicht statt. Für das Auswahlverfahren nach Satz 1 wird eine Rangfolge der Bewerbungen nach ihrer Eignung gebildet. Zur Bildung der Rangfolge wird eine Gesamtnote gebildet, die sich zu 51 % aus der Note des qualifizierten Hochschulabschlusses im Sinne des Absatz 1 Buchstabe a) und zu 49 % aus der Note der Prüfung zur Feststellung der besonderen studiengangbezogenen Eignung im Sinne des Absatz 1 Buchstabe c) zusammensetzt. In den Fällen des Absatz 2 geht die vorläufig ermittelte Durchschnittsnote anstelle der Note des Hochschulabschlusses in die Auswahlentscheidung ein. Die Gesamtnote wird auf zwei Dezimalstellen hinter dem Komma gerundet. Besteht nach der Gesamtnotenbildung zwischen einzelnen Bewerberinnen und/oder Bewerbern Ranggleichheit, so bestimmt sich die Rangfolge zwischen diesen Bewerberinnen und/oder Bewerbern nach dem Los.

§ 6 – REGELSTUDIENZEIT; STUDIENUMFANG

(1) Die Regelstudienzeit in dem unter § 1 aufgeführten Studiengang beträgt einschließlich der Masterarbeit und des Masterkolloquiums vier Semester.

(2) Für die gesamte Arbeitsbelastung des Studiums einschließlich der Präsenzzeiten, Vor- und Nachbereitungen, sowie der Master-Thesis werden insgesamt 120 Credits vergeben. Ein Credit entspricht einem studentischen Aufwand von 30 Arbeitsstunden.

§ 7 – PRÜFUNGEN UND PRÜFUNGSFRISTEN

(1) Credits werden nach Maßgabe der Prüfungsordnung für mindestens mit „bestanden“ oder „ausreichend“ (4,0) bewertete Prüfungsleistungen gemäß der in § 16 Abs. 4 aufgeführten Module vergeben. Die Prüfungen werden studienbegleitend durchgeführt und sollten in der Reihenfolge des Prüfungsplanes in der Anlage erbracht werden.

(2) Präsentationen mit/und Kolloquien sind öffentlich, wenn die Kandidatin oder der Kandidat nicht widerspricht. Die übrigen Prüfungen sind nicht öffentlich.

(3) Die Prüfungssprache soll die Vermittlungssprache der jeweiligen Bezugslehrveranstaltung sein.

(4) Das Masterstudium und die Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, dass das gesamte Studium einschließlich der Master-Thesis und des Kolloquiums mit Ablauf des vierten Semesters abgeschlossen sein kann.

(5) Die Anmeldung zu den Modulprüfungen erfolgt acht Wochen vor Beginn des Prüfungszeitraumes. Die jeweils aktuellen Termine werden durch Aushang bekannt gegeben.

§ 8 – NACHTEILSAUSGLEICH

(1) Kandidatinnen und Kandidaten, die aufgrund einer Behinderung oder chronischen Erkrankung oder aufgrund der mutterschutzrechtlichen Bestimmungen an der Absolvierung einer Prüfungsleistung oder dem Erwerb einer studienbegleitenden Leistung in der vorgesehenen Weise verhindert sind, wird auf Antrag durch den Prüfungsausschuss ein angemessener Nachteilsausgleich gewährt. Der Nachteil nach Satz 1 ist abhängig von Art und Schwere durch die Verlängerung der Prüfungsdauer, die Änderung der Prüfungsform und/oder die Benutzung von Hilfsmitteln und Hilfspersonen auszugleichen. In besonders schwerwiegenden Fällen können auch die Zahl und die Voraussetzungen für die Wiederholung von Prüfungsleistungen angepasst werden. Bei vorübergehenden Behinderungen können sonstige angemessene Maßnahmen getroffen werden.

(2) Nachteile bei der Erbringung von Modulprüfungen bzw. studienbegleitenden Leistungen aufgrund der Schwangerschaft, der Entbindung oder der Stillzeit sollen nach Maßgabe des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) vermieden oder ausgeglichen werden. Zeigt die Kandidatin gemäß § 15 Abs. 1 MuSchG gegenüber der Hochschule an, dass sie schwanger ist bzw. stillt, werden durch den Prüfungsausschuss für und in Abstimmung mit der schwangeren bzw. stillenden Kandidatin notwendige Ausgleichsmaßnahmen nach Maßgabe des Absatzes 1 benannt. Für die Zeit vor und nach der Entbindung muss die Kandidatin aktiv erklären, an Modulprüfungen bzw. studienbegleitenden Leistungen teilnehmen zu wollen, obwohl die Schutzfristen des § 3 MuSchG gelten. Zur Bestimmung geeigneter und angemessener Ausgleichsmaßnahmen wird der Prüfungsausschuss durch das Familienbüro der Hochschule beraten.

(3) Anträge auf Nachteilsausgleich sind im Regelfall bei der Anmeldung zu einer Modulprüfung oder spätestens ein Monat vor der jeweiligen Modulprüfung bzw. studienbegleitenden Leistung zu stellen. Der auszugleichende Nachteil ist glaubhaft zu machen. Der Prüfungsausschuss kann verlangen, dass die Glaubhaftmachung durch ein ärztliches Attest oder sonstige geeignete Nachweise erfolgt.

§ 9 – KOMMISSION CIVIC DESIGN

(1) Die programmatischen Zielsetzungen und Leitvorgaben dieses Masterstudiengangs werden durch die Kommission Civic Design formuliert. Sie besteht aus

vier hochschulinternen Mitgliedern:

- a) einer oder einem Vorsitzenden und einer stellvertretenden oder einem stellvertretenden Vorsitzenden aus dem Kreis der Lehrenden des Fachbereichs Architektur/PBSA mit einschlägigem Profil der städtebaulichen Architektur, davon mindestens eine hauptamtliche Lehrende oder ein hauptamtlich Lehrender,
- b) ein Mitglied aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Studiengangs Civic Design,
- c) ein Mitglied aus dem Kreis der Studierendenschaft des Studiengangs Civic Design

und zwei externen Mitgliedern:

- a) ein Mitglied aus dem kritisch-theoretischen Umfeld der städtebaulichen Architektur,
- b) ein Mitglied aus dem praktischen städtebaulichen Architekturumfeld.

Entsprechend werden für die Mitglieder der Kommission Civic Design mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter Vertreterinnen oder Vertreter gewählt. Die Kommissionsmitglieder sowie deren Stellvertreter/innen werden durch den Fachbereichsrat eingesetzt. Alle Mitglieder mit Ausnahme der studentischen Vertreterin oder des studentischen Vertreters werden für vier Jahre gewählt. Die Amtszeit der studentischen Vertreterin oder des studentischen Vertreters beträgt ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Die Kommission Civic Design hat folgende Aufgaben:

- a) Erarbeitung von Empfehlungen an den Fachbereichsrat über die programmatische Zielsetzung einer jeden Kohorte bis spätestens zwei Monate vor Semesterbeginn;
- b) Erarbeitung von Vorschlägen für die Besetzung der Studio-Direktion gemäß § 16 Abs. 6;
- c) Monitoring bezüglich der Einhaltung der Zielsetzung in den Lehrinhalten und der Abstimmung der Lehrenden.

Die Entscheidung über die programmatische Zielsetzung einer jeden Kohorte und die Besetzung der Studio-Direktion trifft der Fachbereichsrat.

(3) Auf Antrag können zusätzlich beratende Mitglieder in die Kommission aufgenommen werden. Hierzu unterbreitet die Kommission bei Bedarf dem Fachbereichsrat einen Vorschlag; letzterer entscheidet dann über die Aufnahme.

(4) Die Sitzungen der Kommission finden regelmäßig, mindestens aber zweimal pro Semester sowie zusätzlich bei Bedarf statt. Die Kommission ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden und der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden mindestens ein weiteres Mitglied anwesend ist.

§ 10 – PRÜFUNGS-AUSSCHUSS

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet der Fachbereich Architektur einen Prüfungsausschuss. Die Bestimmungen des § 27 HG NRW bleiben unberührt. Der Prüfungsausschuss ist ein unabhängiges Organ des Fachbereiches Architektur/PBSA der Hochschule Düsseldorf. Er besteht aus der oder dem Vorsitzenden, deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter und fünf weiteren stimmberechtigten Mitgliedern; die Mitglieder des Prüfungsausschusses müssen nicht dem Fachbereichsrat angehören. Die oder der Vorsitzende, deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter, sowie zwei weitere Mitglieder werden aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren, ein Mitglied wird aus der Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zwei Mitglieder aus der Gruppe der Studierenden vom Fachbereichsrat des Fachbereichs Architektur gewählt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und deren bzw. dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter Vertreterinnen oder Vertreter gewählt. Die Amtszeit der hauptberuflich an der Hochschule tätigen Mitglieder beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Der Prüfungsausschuss achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Er berichtet dem Fachbereichsrat regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und schlägt dem Fachbereichsrat bei Abweichungen von der Regelstudienzeit Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten vor. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und der Studienpläne. Maßnahmen zur Prüfungsorganisation trifft der Prüfungsausschuss selbst. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf seine Vorsitzende bzw. seinen Vorsitzenden übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche und den Bericht an den Fachbereichsrat.

(3) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzenden bzw. der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter und mindestens einer weiteren Professorin bzw. einem weiteren Professor mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der bzw. des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses wirken bei pädagogischen oder wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Anerkennung oder sonstigen Beurteilungen von Studien- und Prüfungsleistungen und bei der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern und Beisitzerinnen und Beisitzern, nicht mit. An der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, welche die Festlegung von Prüfungsaufgaben oder ihre eigene Prüfung betreffen, nehmen die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses nicht teil.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder, die sich am selben Tag der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.

(5) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihre Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit; sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seiner bzw. seines Vorsitzenden sind den Kandidatinnen und Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Ihnen ist vorher Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben. § 2 Abs. 3 Nr. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW), insbesondere über die Ausnahme von Anhörungs- und Begründungspflicht bei Beurteilungen wissenschaftlicher oder künstlerischer Art, bleibt unberührt.

§ 11 – PRÜFERINNEN UND PRÜFER, BEISITZERINNEN UND BEISITZER

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer. Er kann die Bestellung der bzw. dem Vorsitzenden übertragen. Zur Prüferin oder zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Master- bzw. Diplomprüfung oder eine gleichwertige Prüfung abgelegt und – sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern – in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfung bezieht, eine selbstständige Lehrtätigkeit ausgeübt hat. Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Master- bzw. Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.

(2) Die Prüferinnen und Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(3) Als Prüferinnen oder Prüfer werden in der Regel die für die Lehrveranstaltungen verantwortlichen Lehrenden bestellt.

(4) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass den Kandidatinnen und Kandidaten die Namen der Prüferinnen und Prüfer rechtzeitig, spätestens aber zwei Wochen vor der Prüfung, bekannt gegeben werden. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

(5) Für die Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer gilt § 10 Abs. 5 S. 2 entsprechend.

§ 12 – ANERKENNUNG VON PRÜFUNGSLEISTUNGEN

- (1) Auf Antrag werden Prüfungsleistungen, die in einem anderen Studiengang an der Hochschule Düsseldorf, in Studiengängen an anderen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen, an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien oder in Studiengängen an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbracht worden sind, anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden. Eine Übereinstimmung des Prüfungsstoffes sowie der Art und Dauer der Prüfung sind nicht erforderlich; eine Prüfung der Gleichwertigkeit findet nicht statt.
- (2) Für die Anerkennung von an ausländischen staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen erbrachten Prüfungsleistungen sind durch den Prüfungsausschuss die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften vorrangig zu beachten, wenn sie die Studierende bzw. den Studierenden abweichend von Absatz 1 begünstigen. Im Übrigen kann bei Zweifeln die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.
- (3) Auf andere Weise als durch ein Studium erworbene Kenntnisse und Qualifikationen können auf der Grundlage vorgelegter Unterlagen auf Antrag anerkannt werden, wenn diese Kenntnisse und Qualifikationen den Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind. Der Umfang der Anerkennung im Sinne von Satz 1 ist auf maximal 50 % der auf den Studiengang entfallenden Credits begrenzt.
- (4) Den Studienbewerberinnen und Studienbewerbern, die auf Grund einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Abs. 12 HG NRW berechtigt sind, das Studium in einem höheren Fachsemester aufzunehmen, werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fertigkeiten auf Prüfungsleistungen anerkannt. Die Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfungen sind für den Prüfungsausschuss bindend.
- (5) Die Entscheidung über die Anerkennung von Prüfungsleistungen nach Absatz 1 und die Anerkennung sonstiger Kenntnisse und Qualifikationen nach Absatz 3 trifft der Prüfungsausschuss, im Zweifelsfall nach Anhörung von für die jeweiligen Prüfungsgebiete im Fachbereich Architektur/PBSA an der Hochschule Düsseldorf prüfungsberechtigten Personen. Der Antrag auf Anerkennung ist schriftlich an den Prüfungsausschuss zu richten. Der Prüfungsausschuss befindet nach Eingang innerhalb von acht Wochen über den Antrag, sofern alle für die Durchführung des Anerkennungsverfahrens erforderlichen Informationen vorliegen. Es obliegt der bzw. dem antragstellenden Studierenden, die erforderlichen Informationen über die anzuerkennende Leistung beizubringen. Der Prüfungsausschuss hat eine Nichtanerkennung zu begründen und die begründenden Tatsachen nachzuweisen.
- (6) Werden Prüfungsleistungen sowie sonstige Kenntnisse und Qualifikationen anerkannt, sind die Noten bei vergleichbaren Notensystemen zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Für die Umrechnung von im Ausland erbrachten Leistungen in das deutsche Notenschema werden durch den Prüfungsausschuss Verfahren zur Notenumrechnung festgelegt. Ist keine Note ausgewiesen oder eine Umrechnung nicht möglich, wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen und die Prüfungsleistung bei der Berechnung der Gesamtnote nicht berücksichtigt; die Anerkennung wird im Zeugnis gekennzeichnet.
- (7) Die Studierenden haben die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen im Original oder in beglaubigter Form vorzulegen. Unterlagen von ausländischen Hochschulen müssen in Form einer beglaubigten Übersetzung in deutscher Sprache vorgelegt werden.

§ 13 – VERSÄUMNIS, RÜCKTRITT, TÄUSCHUNG, ORDNUNGSVERSTOSS

- (1) Die Kandidatin oder der Kandidat kann sich von Modulprüfungen bis spätestens eine Woche vor Beginn der Prüfungsphase ohne Angabe von Gründen abmelden.
- (2) Eine Prüfungsleistung wird als „nicht bestanden“ oder „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn eine Kandidatin oder ein Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn sie oder er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht fristgerecht erbracht wird. Satz 1 gilt entsprechend, wenn die Kandidatin oder der Kandidat die Master-Thesis nicht fristgerecht abgibt.
- (3) Die für den Rücktritt geltend gemachten triftigen Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der Kandidatin oder des Kandidaten ist darüber hinaus ein die Prüfungsunfähigkeit bescheinigendes ärztliches Attest vorzulegen. Bestehen im Einzelfall tatsächliche Anhaltspunkte, dass eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich anzunehmen ist oder ein anderer Nachweis sachgerecht erscheint, kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Vorlage eines Attestes einer oder eines vom Prüfungsausschuss benannten Vertrauensärztin oder Vertrauensarztes verlangen. Die Kandidatin oder der Kandidat muss zwischen mehreren Vertrauensärztinnen oder Vertrauensärzten wählen können. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe gemäß Satz 1 an, kann die Kandidatin oder der Kandidat sich zu der betreffenden Prüfungsleistung erneut anmelden, ohne einen Prüfungsversuch zu verlieren.
- (4) Versucht die Kandidatin oder der Kandidat, das Ergebnis der Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung als „nicht bestanden“ oder „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; die Feststellung wird von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern getroffen und von ihnen oder den jeweilig aufsichtführenden Personen aktenkundig gemacht. In schwerwiegenden Fällen oder im Wiederholungsfall kann der Prüfungsausschuss darüber hinaus die bisherigen Modulteilprüfungen für nicht bestanden erklären. In besonders schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss nach Anhörung des Fachbereichsrates das Recht zur Wiederholung der Prüfung aberkennen und die gesamte Prüfung für nicht bestanden erklären.
- (5) Kandidatinnen und Kandidaten, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stören, können von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern oder der aufsichtführenden Person in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der jeweiligen Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht bestanden“ oder „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet; die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die betreffenden Kandidatinnen und/oder Kandidaten von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen. Vor einer Entscheidung ist den Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (6) Die Kandidatinnen und Kandidaten haben bei jeder Prüfung eidesstattlich zu versichern, dass die Prüfungsleistung – bei einer Gruppenarbeit der entsprechend gekennzeichnete eigene Anteil der Arbeit – von ihnen selbstständig und ohne unzulässige fremde Hilfe erbracht worden ist. Eine Täuschung kann mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 € geahndet werden. Die Verfolgung und Ahndung erfolgt nach § 63 Abs. 5 HG NRW durch die Vizepäsidentin oder den Vizepäsidenten für den Bereich Wirtschafts- und Personalverwaltung der Hochschule Düsseldorf.
- (7) Die Kandidatinnen und Kandidaten können innerhalb von 14 Tagen verlangen, dass Entscheidungen nach Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 vom Prüfungsausschuss überprüft werden.
- (8) Belastende Entscheidungen sind den Kandidatinnen und Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

II. MASTERPRÜFUNG

§ 14 – ZULASSUNG

Zur Masterprüfung kann nur zugelassen werden, wer an der Hochschule Düsseldorf gemäß § 48 HG NRW in den unter § 1 aufgeführten Studiengang eingeschrieben oder gemäß § 52 Abs. 1 HG NRW als Zweithörerin oder Zweithörer zugelassen ist.

§ 15 – ZULASSUNGSVERFAHREN

Die Zulassung zur Masterprüfung erfolgt durch die Zulassung zur ersten Prüfung des Studiums durch den Prüfungsausschuss.

§ 16 – UMFANG UND ART DER MASTERPRÜFUNG

(1) Die Masterprüfung erfolgt studienbegleitend und besteht aus den in Absatz 4 genannten Modulprüfungen inklusive des Master-Thesis-Moduls „MK 1 . MSc-ACD 1.4.1 . Masterarbeit / Thesis“.

(2) Die studienbegleitenden Modulprüfungen beziehen sich auf die Lehrinhalte der einzelnen Module. Sie sollen jeweils zu dem Zeitpunkt abgelegt werden, der gemäß Prüfungsplan in der Anlage vorgegeben wird. Dort sind auch die jeweiligen Credits für die Modulprüfungen aufgeführt. Das Konto zum Nachweis der Credits wird vom Prüfungsausschuss geführt.

(3) Die Masterprüfung ist abgeschlossen, wenn nach Maßgabe der Prüfungsordnung 120 Credits erreicht sind und die Master-Thesis sowie das Kolloquium mit mindestens der Note „ausreichend“ bewertet wurden.

(4) Die Masterprüfung besteht aus einem Pflichtbereich im Umfang von 120 Credits mit Modulprüfungen in den Modulen

a)	MK 1 . MSc-ACD 1.1.1 . Studiolor: Architektur als Städtebau I	10 Credits
b)	MK 1 . MSc-ACD 1.2.1 . Studiolor: Architektur als Städtebau II	10 Credits
c)	MK 1 . MSc-ACD 1.3.1 . Studiolor: Architektur als Städtebau III	15 Credits
d)	MK 1 . MSc-ACD 1.4.1 . Masterarbeit / Thesis	30 Credits
e)	MK 2 . MSc-ACD 2.1.1 . Instrumente und Verfahren der Stadtplanung	5 Credits
f)	MK 2 . MSc-ACD 2.1.2 . Öffentliches Baurecht	5 Credits
g)	MK 3 . MSc-ACD 2.1.3 . Darstellung und graphische Kommunikation	5 Credits
h)	MK 2 . MSc-ACD 2.2.1 . Stadtentwicklungsplanung	5 Credits
i)	MK 2 . MSc-ACD 2.3.1 . Ökologie und Energie im urbanen Kontext	5 Credits
j)	MK 2 . MSc-ACD 2.3.2 . Frei- und Stadtraum	5 Credits
k)	MK 3 . MSc-ACD 3.2.1 . Grafische Analyse und Kommunikation	5 Credits
l)	MK 4 . MSc-ACD 4.2.1 . Soziologie und Ökonomie der Stadt	5 Credits
m)	MK 4 . MSc-ACD 4.3.1 . Quartierswesen	5 Credits
n)	MK 5 . MSc-ACD 5.1.1 . Stadtbautheorie	5 Credits
o)	MK 5 . MSc-ACD 5.2.1 . Theorie: Civic Design	5 Credits

und einem Wahlpflichtbereich im Umfang von 5 CP mit der Wahl eines Moduls aus den folgenden:

- | | | |
|----|--|------------|
| a) | MK 3 MSc-ACD 3.2.1 Grafische Analyse und Kommunikation | 5 Credits |
| b) | MK 3 MSc-ACD 3.2.2 Tageslicht als Faktor im nachhaltigen Städtebau | 5 Credits |
| c) | MK 3 MSc-ACD 3.2.3 Städtebau im Bestand | 5 Credits. |

(5) Für den Master-Studiengang Civic Design gilt eine gemäß § 9 Abs. 2 S. 1 lit. a), S. 2 festgelegte zentrale übergeordnete Thematik, welche für jede Kohorte und über die gesamte Studiendauer bindend ist. Jede Kohorte lernt und forscht unter einer anderen übergeordneten Thematik. Kern ist das im Rahmen dieses Oberthemas forschende Entwurfsseminar, das sogenannte Studiolabor. Im ersten, zweiten und dritten Semester wird innerhalb dieses Studiolabors je ein Entwurf in enger Kooperation mit städtebaulichen Akteuren (Städte, Verwaltungen, Entwickler) erarbeitet. Hierbei fließen die für das jeweilige Semester geplanten weiteren Module aus den Modulkategorien Planungsmethodik und -prozesse, grafische Analyse und Kommunikation, Ökonomie und Gesellschaft sowie Theorie, Geschichte und Kulturwissenschaften in die Entwürfe ein und bieten entsprechende Vertiefungsmöglichkeiten. Im Rahmen der Master-Thesis gemäß § 17 erfolgt innerhalb dieses Oberthemas die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem selbst gewählten Schwerpunkt.

(6) Die Umsetzung und Erforschung des programmatischen Oberziels in den Entwürfen (MSc-ACD 1.1.1 und MSc-ACD 1.2.1), der Prethesis (MSc-ACD 1.3.1) und der Master-Thesis (MSc-ACD 1.4.1) der Studiolabore verantwortet maßgeblich die Studio-Direktion. Die Studio-Direktion besteht aus mindestens einem oder einer Lehrenden des Fachbereichs Architektur mit einschlägigem Profil der städtebaulichen Architektur. Sie wird jeweils für zwei Jahre durch den Fachbereichsrat bestimmt.

(7) Die Programmatik des Studiengangs für eine Kohorte wird auch nach Ablauf der Regelstudienzeit fortgeführt.

§ 17 – MASTER-THESIS

(1) Das Master-Thesis-Modul „MSc-ACD 1.4.1 - Masterarbeit / Thesis“ besteht aus der Master-Thesis, die sich inhaltlich in ein Kernthema und einen das Kernthema vertiefenden Schwerpunkt aufgliedert, dem Master-Kolloquium und einem die Thesis begleitenden Masterforum. Die Master-Thesis ist im Rahmen des zum Modul zählenden Kolloquiums zu präsentieren und zu verteidigen. Die Modulnote ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Noten für die Master-Thesis (Kernthema mit vertiefendem Schwerpunkt) und für das Kolloquium.

(2) Die Master-Thesis soll die zur Erstellung einer Planungsaufgabe erforderlichen wissenschaftlichen und gestalterischen Fähigkeiten sowie technischen Kenntnisse der Kandidatin oder des Kandidaten belegen. Hierfür ist innerhalb einer vorgegebenen Frist ein architektonisch-städtebauliches Thema zu bearbeiten. Die von der Kandidatin oder dem Kandidaten selbstständig auf der Grundlage wissenschaftlicher Methodik zu erarbeitende Leistung soll als Resultat einen Lösungsvorschlag von architektonischer und baukünstlerischer Gesamtqualität, gesellschaftspolitischer Relevanz sowie technischer Plausibilität aufzeigen.

(3) Die Master-Thesis ist in der Regel in deutscher Sprache zu verfassen. Auf Antrag der Kandidatinnen und Kandidaten sowie vorbehaltlich der Zustimmung durch die Prüferinnen und Prüfer kann die Master-Thesis in englischer Sprache verfasst werden. Über den Antrag entscheidet der Prüfungsausschuss.

(4) Die Master-Thesis besteht in der Regel aus dem Entwurf, welcher mittels Zeichnungen, Modellen, Animationen oder anderen Ausarbeitungen gemäß dem von der Prüferin oder dem Prüfer formulierten Anforderungskatalog dokumentiert wird (Kernthema), und der in der Regel schriftlichen oder graphischen Erläuterungen des vertiefenden Schwerpunkts. Diese Teilleistungen werden in einer Gesamtdokumentation zusammengefasst.

(5) Das Entwurfs-Thema wie auch das Thema des vertiefenden Schwerpunkts der Master-Thesis werden von den Studierenden im Rahmen der Prethesis (Modul MSc-ACD 1.3.1) vorbereitet. Die Master-Thesis wird von der Prüferin bzw. dem Prüfer begleitet, die bzw. der das Entwurfsthema freigegeben hat (erste Prüferin bzw. erster Prüfer). In der Regel ist dies die Studio-Direktion gemäß § 18 Abs. 6.

(6) Die Master-Thesis kann auf Antrag zweier oder mehrerer Kandidatinnen und Kandidaten mit Zustimmung der ersten Prüferin oder des ersten Prüfers auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Kandidatin und/oder des einzelnen Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, eigenständig bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt. Der von den Kandidatinnen und Kandidaten gemeinsam gestellte Antrag ist schriftlich und zusammen mit dem Antrag auf Zulassung zur Master-Thesis an den Prüfungsausschuss zu richten.

§ 16 – ZULASSUNG ZUR MASTER-THESIS UND BEARBEITUNG DER MASTER-THESIS

(1) Zur Master-Thesis wird zugelassen, wer alle Prüfungsleistungen aus dem 1. bis 3. Fachsemester gemäß Prüfungsplan in der Anlage erbracht hat. Studienbegleitende Leistungen i. S. d. § 23 Abs. 2 müssen spätestens mit der Abgabe der Master-Thesis vorliegen.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist bis zu einem Stichtag, der jeweils zu Beginn des Semesters bekannt gegeben wird, schriftlich an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag ist der Nachweis über die gemäß Absatz 1 bestandenen Module sowie eine Bestätigung des Themas (Entwurfsthema und Schwerpunkt) der Master-Thesis durch die vorgeschlagene erste Prüferin bzw. den vorgeschlagenen ersten Prüfer gemäß § 17 Abs. 5 S. 2 beizufügen. Des Weiteren ist dem Antrag auf Zulassung der Nachweis eines einschlägigen Praktikums i. S. v. § 5 Abs. 1 lit. b) beizufügen, sofern dieser nicht bereits zum Zeitpunkt der Immatrikulation eingereicht wurde.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche schriftlich zurückgenommen werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn die in Absätzen 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

(5) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses stellt das Thema der Master-Thesis verbindlich fest. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das von den Prüferinnen und Prüfern gemäß § 17 Abs. 5 S. 2 freigegebene Thema der Master-Thesis der oder dem zu Prüfenden bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass die oder der zu Prüfende rechtzeitig ein Thema für die Master-Thesis erhält.

(6) Die Ausgabe der Thesis erfolgt mit der Bekanntgabe des Themas. Der Zeitraum von der Ausgabe bis zur Abgabe der Master-Thesis beträgt mindestens zwölf Wochen. Die Abgabe erfolgt spätestens bei Abgabe des Entwurfs. Die Aufgabenstellung muss so beschaffen sein, dass die Master-Thesis innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Auf begründeten Antrag kann der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit um bis zu sechs Wochen verlängern.

(7) Die Master-Thesis kann nur einmal wiederholt werden. Die Kandidatinnen und Kandidaten erhalten in diesem Fall ein neues Thema. Das Kolloquium kann für sich alleine nicht wiederholt werden. Im Falle der Wiederholung der Master-Thesis muss auch das Masterforum wiederholt werden. Die

Wiederholung der Thesis muss innerhalb von drei Semestern nach dem erfolglosen Versuch stattfinden, ansonsten verlieren die Kandidatinnen und Kandidaten ihren Prüfungsanspruch, es sei denn, sie weisen dem Prüfungsausschuss nach, dass sie das Versäumnis der Frist nicht zu vertreten hatten.

§ 19 – ANNAHME UND BEWERTUNG DER MASTER-THESIS

(1) Die Master-Thesis ist fristgerecht in Form einer Dokumentation auf einer digitalen Plattform der Hochschule in allgemein lesbaren Dateiformaten abzugeben. Das Nähere legt der Prüfungsausschuss bei Zulassung zur Master-Thesis fest.

(2) Die Master-Thesis ist von drei Prüferinnen bzw. Prüfern zu bewerten. Die erste Prüferin oder der erste Prüfer soll die- oder derjenige sein, die oder der das Entwurfs-Thema freigegeben und die Arbeit gemäß § 17 Abs. 5 S. 2 begleitet hat. Die zweite Prüferin oder der zweite Prüfer, die bzw. der den vertiefenden Schwerpunkt betreut, ist eine hauptamtlich lehrende Person des Fachbereiches unter Berücksichtigung der Anforderungen gemäß § 11 Abs. 1 S. 3. Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten kann der Prüfungsausschuss im Ausnahmefall auch eine Honorarprofessorin oder einen Honorarprofessor oder eine mit einem Lehrauftrag betraute Person gemäß § 11 Abs. 1 zur zweiten Prüferin oder zum zweiten Prüfer bestellen, insbesondere wenn feststeht, dass das vorgesehene Thema der Prethesis nicht durch eine fachlich zuständige hauptamtlich lehrende Person begleitet werden kann. Die weitere Prüferin oder der weitere Prüfer werden vom Prüfungsausschuss bestimmt. Die einzelnen Bewertungen sind entsprechend § 25 Abs. 5 vorzunehmen und schriftlich zu begründen. Die Bewertung erfolgt gemäß § 25 Abs. 5. Die Note der Master-Thesis wird entsprechend § 25 Abs. 6 aus dem arithmetischen Mittel der gewichteten Einzelbewertungen gebildet. Die Bewertung der ersten Prüferin oder des ersten Prüfers der Thesis wird mit 60 %, die Bewertung der zweiten Prüferin oder des zweiten Prüfers der Thesis wird mit 30 % und die Bewertung der weiteren Prüferin bzw. des weiteren Prüfers mit 10 % gewichtet. Die Master-Thesis kann nur dann mit „ausreichend“ oder besser benotet werden, wenn alle Prüferinnen und/oder Prüfer sie mit mindestens „ausreichend“ bewerten.

(3) Die Bekanntgabe der Bewertung der Master-Thesis erfolgt im Anschluss an das durch §§ 17 Abs. 1, 20 vorgesehene Kolloquium.

§ 20 – KOLLOQUIUM

(1) Das Kolloquium dient der Präsentation des Kernthemas (des Entwurfs) und des vertiefenden Schwerpunkts der Master-Thesis in ihren fachlichen Grundlagen, dem Vorgehen sowie fächerübergreifenden Zusammenhängen und außerfachlichen Bezügen. Hierbei sind Originalmodelle und -zeichnungen etc. zu präsentieren. Das Kolloquium dauert 30 Minuten.

(2) Die Anmeldung zum Kolloquium erfolgt automatisch mit Abgabe der Master-Thesis. Das Kolloquium sollte innerhalb von zwei Wochen nach der Abgabe stattfinden und wird durch Aushang durch den Prüfungsausschuss bekannt gegeben.

(3) Als Prüferinnen und Prüfer für das Kolloquium werden in der Regel diejenigen der Master-Thesis gemäß § 19 Abs. 2 durch den Prüfungsausschuss bestimmt.

(4) Das Kolloquium ist von allen drei Prüferinnen bzw. Prüfern zu bewerten. Die Note wird aus dem arithmetischen Mittel der gewichteten Einzelbewertungen gebildet. Die Bewertung der Aufgabenstellerin bzw. des Aufgabenstellers des Thesis-Entwurfs wird mit 60 %, die Bewertung der Aufgabenstellerin bzw. des Aufgabenstellers des vertiefenden Schwerpunkts mit 30 % und die Bewertung der weiteren Prüferin bzw. des weiteren Prüfers mit 10 % gewichtet. Das Kolloquium kann nur dann mit „ausreichend“ oder besser bestanden werden, wenn alle Prüferinnen bzw. Prüfer es mit mindestens „ausreichend“ bewerten. Die wesentlichen Gegenstände und die Bewertungen sind in einem Protokoll fest-

zuhalten, das von allen Prüfenden zu unterschreiben ist. Die Bewertung ist der oder dem Geprüften innerhalb einer Woche nach Durchführung des Kolloquiums bekannt zu geben.

§ 21 – MODULPRÜFUNGEN

(1) Modulabschlussprüfungen bestehen aus einer oder mehreren Modulprüfungen und sind benotet oder unbenotet; Näheres regelt die Anlage. Prüfungen, die aus mehreren Teilen bestehen, sind bestanden, wenn jede einzelne Prüfungsleistung gemäß § 25 Abs. 5 mindestens mit „bestanden“ oder mit der Note „ausreichend“ (4,0) bewertet worden ist. Sind einzelne Prüfungsleistungen nicht bestanden, so muss nur dieser nicht bestandene Teil der Prüfung wiederholt werden. Die Anrechnung der für das jeweilige Modul ausgewiesenen Credits erfolgt nach dem Bestehen der Modulabschlussprüfung auf dem Studienkonto der Kandidatin oder des Kandidaten.

(2) In den Modulprüfungen sollen die Kandidatinnen und Kandidaten nachweisen, dass sie über die erforderlichen fachlichen Kenntnisse verfügen, die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennen, spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen und mit den geläufigen Methoden des Faches Problemlösungen erarbeiten können.

(3) Die Modulprüfungen werden studienbegleitend durchgeführt. Sie sind Bestandteile der Masterprüfung.

(4) Die Form, in der die Prüfungen nach Absatz 1 in den Modulen erfolgen, wird vorbehaltlich einer Festlegung in der Prüfungsordnung gemäß der Anlage rechtzeitig vor Beginn der Lehrveranstaltung durch die Lehrenden festgelegt. Die Prüferinnen und Prüfer sind angehalten, den Umfang der Prüfungen und der dazu notwendigen Vorbereitungen so zu gestalten, dass sie die durch die Anzahl der Credits vorgesehene Arbeitsbelastung nicht überschreiten.

(5) Modulabschlussprüfungen oder auch Teile einer Modulabschlussprüfung gemäß Absatz 1 Satz 2, die mit „nicht bestanden“ oder „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet worden sind, können maximal zweimal wiederholt werden. Ist der zweite Wiederholungsversuch nicht bestanden, gilt die Modulabschlussprüfung als endgültig nicht bestanden.

(6) Die Anmeldung zum Erstversuch zu einer Modulprüfung muss spätestens drei Semester nach der Anmeldung der der Modulprüfung zugeordneten Lehrveranstaltung erfolgen. Die Meldung zur Wiederholungsprüfung muss innerhalb von drei Semestern nach der Meldung zur nicht bestandenen Prüfung erfolgen. In den Fällen der Sätze 1 und 2 verlieren die Kandidatinnen und Kandidaten ihren Prüfungsanspruch, wenn sie sich nicht innerhalb des Zeitraumes zur Prüfung oder zur Wiederholungsprüfung melden, es sei denn, sie weisen dem Prüfungsausschuss nach, dass sie das Versäumnis der Frist nicht zu vertreten hatten.

(7) Innerhalb eines Monats nach Vorlesungsbeginn des Folgesemesters der Modulprüfung ist den Kandidatinnen und Kandidaten durch die jeweilige Prüferin oder den jeweiligen Prüfer Gelegenheit zur Einsicht in ihre Klausurarbeiten zu geben.

(8) Die Kandidatinnen und Kandidaten haben sich zu den Modulprüfungen bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin schriftlich beim Prüfungsausschuss anzumelden. Der Antrag kann für mehrere Modulprüfungen gleichzeitig gestellt werden, wenn diese innerhalb desselben Prüfungszeitraums stattfinden.

(9) Die Prüfungstermine werden den Kandidatinnen und Kandidaten rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekannt gegeben. Die Bekanntgabe durch Aushang ist ausreichend.

(10) Die Kandidatinnen und Kandidaten haben die Pflicht, ihre Identität der Prüferin bzw. dem Prüfer oder der aufsichtführenden Person durch einen amtlichen Ausweis mit Lichtbild nachzuweisen.

(11) Über die Hilfsmittel, die bei den Prüfungen benutzt werden dürfen, entscheidet die Prüferin oder der Prüfer. Sie sind spätestens mit der Veröffentlichung des Prüfungstermins bekannt zu geben.

§ 22 – MODULPRÜFUNGSFORMEN

(1) Modulprüfungen sind Präsentation mit Kolloquium (§ 22a), Klausurarbeiten (§ 22b) und besondere Prüfungsleistungen (§ 22c).

(2) Prüfungen in der letzten Wiederholungsprüfung, bei deren endgültigen Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüferinnen und/oder Prüfern gemäß § 11 Abs. 1 S. 2 zu bewerten. Die Note ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gemäß § 25 Abs. 6.

§ 22A – PRÄSENTATION MIT KOLLOQUIUM

(1) In einer Präsentation mit Kolloquium soll die Kandidatin oder der Kandidat in mündlicher Form anhand seines gebauten und zu präsentierenden Modells nachweisen, dass sie oder er die im jeweiligen Modul geforderten Kompetenzen aus dem jeweiligen Prüfungsgebiet beherrscht.

(2) Eine Präsentation mit Kolloquium wird als Einzelprüfung oder als Gruppenprüfung vor einer Prüferin oder einem Prüfer und in der Regel in Gegenwart einer oder eines sachkundigen Beisitzenden oder vor mehreren prüfenden Personen (Kollegialprüfung) gemäß § 11 Abs. 1 durchgeführt. Für die Bewertung gilt § 25 Abs. 5. Bei einer Kollegialprüfung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gemäß § 25 Abs. 6. Die Dauer des Kolloquiums als Einzelprüfung beträgt in der Regel 30 Minuten; bei einer Gruppenprüfung verlängert sich die Dauer entsprechend. Die wesentlichen Gegenstände und die Bewertung sind in einem Protokoll festzuhalten, das von beiden Prüferinnen und/oder Prüfern bzw. der Prüferin oder dem Prüfer und der Beisitzerin oder dem Beisitzer zu unterschreiben ist.

(3) Die Bewertung ist der oder dem Geprüften jeweils im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

§ 22B – KLAUSUREN

(1) In Klausuren soll die Kandidatin oder der Kandidat nachweisen, dass sie oder er in schriftlicher Form und begrenzter Zeit und nur mit den zugelassenen Hilfsmitteln die in den jeweiligen modulzugehörigen Lehrveranstaltungen geforderten Kompetenzen aus dem jeweiligen Prüfungsgebiet beherrscht.

(2) Klausurarbeiten finden unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet die Prüferin oder der Prüfer. Die Dauer der Klausurarbeiten beträgt 120 Minuten.

(3) Die Klausur wird von mindestens einer Prüferin oder einem Prüfer gemäß § 9 Abs. 1 S. 2 bewertet. Für die Bewertung gilt § 25 Abs. 5. Die Ergebnisse der Klausurarbeiten werden spätestens zum Ende des Semesters bekannt gegeben.

§ 22C – BESONDERE PRÜFUNGSLEISTUNGEN

(1) Besondere Prüfungsleistungen sind Referate mit Präsentation, Präsentationen, mündliche Prüfungen, Hausarbeiten und gestalterische Übungen. Besondere Prüfungsleistungen können auch als Gruppenprüfungen erbracht werden. Bei Gruppenprüfungen muss der als Leistungsüberprüfung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar sein.

(2) In den besonderen Prüfungsleistungen soll die oder der zu Prüfende nachweisen, dass sie oder er die in den modulzugehörigen Lehrveranstaltungen geforderten Kompetenzen beherrscht.

(3) Das Ergebnis der besonderen Prüfungsleistungen wird von der oder dem Prüfenden gemäß § 11 Abs. 1 der oder dem zu Prüfenden in der Regel nach der Prüfung und bei schriftlichen Prüfungsleistungen spätestens zum Ende des Semesters bekannt gegeben. Für die Bewertung gilt § 25 Abs. 5. Werden mehrere Prüfungsleistungen gefordert, so errechnet sich die Note der Modulprüfung aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gemäß § 25 Abs. 6.

(4) Eine nicht bestandene besondere Prüfungsleistung kann nicht mit demselben Thema wiederholt werden.

§ 23 – LEHRVERANSTALTUNGSFORMEN

(1) Lehrveranstaltungsformen sind „Vorlesung“ (§ 23a), „Seminar“ (§ 23b) und „Übung“ (§ 23c).

(2) Die Lehrveranstaltungen Intra Muros und Extra Muros sind studienbegleitende Leistungen, deren erfolgreiche Erbringung Voraussetzung für den Abschluss des entsprechenden Moduls ist und für deren Absolvierung eine regelmäßige Anwesenheit erforderlich ist. Eine regelmäßige Anwesenheit liegt vor, wenn die oder der Studierende nicht mehr als 10% der jeweiligen Lehrveranstaltung versäumt hat. Die Gründe für das Versäumnis sind unerheblich. Für das Masterforum gilt Satz 1 bis 3 mit der Maßgabe, dass nicht mehr als 20% des Masterforums versäumt sein dürfen.

§ 23A – VORLESUNG (V)

Die Vorlesung dient der Vermittlung des Lehrstoffes durch Wort und Bild an einen nicht zahlenmäßig begrenzten Hörerkreis.

§ 23B – SEMINAR (S)

Das Seminar dient der Vertiefung des Lehrstoffes durch die Lösung von Aufgaben sowie der Bearbeitung von Spezialgebieten durch Referate der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Diskussionen in kleineren Gruppen.

§ 23C – ÜBUNG (Ü)

Die Übung dient der Verarbeitung und Vertiefung des Lehrstoffes durch theoretische und praktische Anwendungen. Der Inhalt und die Art der Übungsaufgaben richten sich nach dem jeweiligen Fachgebiet. Die Studierenden bearbeiten die Aufgaben in der Regel allein oder in Gruppen. Sie werden dabei betreut und die Ergebnisse kritisch reflektiert.

§ 24 – CREDITS

- (1) Credits sind ein Maß für die vorgesehene Arbeitsbelastung (Workload) durch die Vor- und Nachbereitung und den Besuch von Veranstaltungen, sowie durch die Anfertigung von Übungen, Referaten und anderen von den Studierenden zu erbringenden Leistungen.
- (2) Für den Studienaufwand eines vollen akademischen Jahres werden 60 Credits, für ein Semester in der Regel 30 Credits zugrunde gelegt.
- (3) Credits werden nach Maßgabe der Prüfungsordnung für mindestens mit „bestanden“ oder „ausreichend“ (4,0) bewertete Prüfungsleistungen gemäß der in der Anlage aufgeführten Module vergeben. Die für das jeweilige Modul zu vergebenden Credits sind in § 16 Abs. 4 aufgelistet.

§ 25 – BEWERTUNG VON PRÜFUNGSLEISTUNGEN

- (1) Prüfungsleistungen werden durch die Bewertung „bestanden“, „nicht bestanden“ oder mit Noten gemäß Absatz 5 differenziert beurteilt. Die Bewertung der einzelnen Prüfungsleistungen wird von den jeweiligen Prüferinnen und Prüfern festgesetzt.
- (2) Die Modulnote ergibt sich in der Regel aus der Note für die Modulabschlussprüfung. Besteht die Modulabschlussprüfung aus einer oder mehreren Modulprüfungen, so ergibt sich die Modulnote aus dem mit der Zahl der Credits gewichteten arithmetischen Mittel aller Teilprüfungen. Absatz 6 gilt jeweils entsprechend.
- (3) Die Bewertung der schriftlichen Modulprüfungen ist der Kandidatin oder dem Kandidaten jeweils spätestens sechs Wochen nach dem Datum der abgelegten Prüfung, die Bewertung der Master-Thesis sechs Wochen nach ihrer Abgabe mitzuteilen.
- (4) Sind mehrere Prüferinnen und/oder Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note gemäß Absatz 6 aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.
- (5) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 (sehr gut)	=	eine hervorragende Leistung;
2 (gut)	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 (befriedigend)	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 (ausreichend)	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 (nicht ausreichend)	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur weiteren Differenzierung der Bewertung können um 0,3 verminderte oder erhöhte Notenziffern verwendet werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

- (6) Bei der Bildung von Noten aus Zwischenwerten ergibt

ein rechnerischer Wert bis 1,5	die Note „sehr gut“,
ein rechnerischer Wert über 1,5 bis 2,5	die Note „gut“,
ein rechnerischer Wert über 2,5 bis 3,5	die Note „befriedigend“,
ein rechnerischer Wert über 3,5 bis 4,0	die Note „ausreichend“,
ein rechnerischer Wert über 4,0	die Note „nicht ausreichend“.

Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

(7) Die Gesamtnote der Masterprüfung ergibt sich aus dem mit der Zahl der Credits gewichteten arithmetischen Mittel der Modulnoten. Absatz 6 gilt entsprechend.

(8) An Stelle der Gesamtnote „sehr gut“ nach Absatz 7 wird das Gesamturteil „mit Auszeichnung bestanden“ erteilt, wenn die Master-Thesis mit dem Kolloquium mit 1,0 bewertet wurde und das gewichtete arithmetische Mittel aller Modulnoten nicht schlechter als 1,2 ist.

§ 26 – ZEUGNIS

(1) Über die bestandene Masterprüfung wird unverzüglich, aber spätestens innerhalb von sechs Wochen nach dem Kolloquium, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält die Modulnoten, das Thema und die Noten der Master-Thesis mit dem Kolloquium sowie die Gesamtnote der Masterprüfung.

(2) Das Zeugnis ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Es trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfung abgelegt worden ist.

(3) Ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden oder gilt sie als endgültig nicht bestanden, erteilt die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses der betreffenden Kandidatin bzw. dem betreffenden Kandidaten hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

(4) Hat eine Kandidatin bzw. ein Kandidat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden, so wird ihr bzw. ihm auf Antrag durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses nach der Exmatrikulation eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen und deren Benotung sowie die zur Masterprüfung noch fehlenden Prüfungs- und Studienleistungen enthält. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass die Kandidatin bzw. der Kandidat die Masterprüfung endgültig nicht bestanden hat.

(5) Mit dem Zeugnis stellt die Hochschule eine Zeugnisergänzung in Form des „Diploma Supplement“ (DS) in deutscher und englischer Sprache entsprechend dem „Diploma-Supplement-Modell“ von Europäischer Union/Europarat/UNESCO aus. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) wird der zwischen der Kultusministerkonferenz der Länder und der Hochschulrektorenkonferenz abgestimmte Text in der jeweils geltenden Fassung verwendet. Für den Punkt 4.3 des englischsprachigen DS wird der individuelle Studienverlauf auf der Ebene der erfolgreich bestandenen Module in einem englischsprachigen „Transcript of Records“ mit der Bezeichnung der Module, der Leistungspunkte bzw. Credits sowie der Note dokumentiert. Für Unterzeichnung und Datum der Ausstellung dieser Zeugnisergänzung gilt Absatz 2.

(6) Als weitere Zeugnisergänzung wird eine ECTS-Einstufungstabelle gemäß der Ordnung zur Erstellung und Ausgabe der ECTS-Einstufungstabelle an der Hochschule Düsseldorf vom 05.04.2023 in der aktuell gültigen Fassung ausgegeben.

§ 27 – MASTERURKUNDE

(1) Neben dem Zeugnis über die bestandene Masterprüfung wird der Kandidatin oder dem Kandidaten die zweisprachige (Deutsch und Englisch) Masterurkunde ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des Mastergrades gemäß § 3 beurkundet.

(2) Die Masterurkunde trägt das Datum des Zeugnisses. Sie ist von der Dekanin oder dem Dekan des Fachbereiches und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen und mit dem Siegel der Hochschule Düsseldorf zu versehen.

III. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 26 – EINSICHT IN DIE PRÜFUNGSAKTEN

(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird der Absolventin oder dem Absolventen auf Antrag Einsicht in ihre oder seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die darauf bezogenen Gutachten der Prüferinnen und/oder Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Auf Antrag wird außerdem eine Kopie oder eine sonstige originalgetreue Reproduktion ausgehändigt, wenn die Absolventin oder der Absolvent zuvor erklärt, dass die Kopie nur der eigenen Information dient und sie oder er eine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe unterlässt. Die Weitergabe an einen Rechtsbeistand zur Wahrnehmung der rechtlichen Interessen in einem Prüfungsrechtsverfahren bleibt hiervon unberührt.

(2) Die Einsichtnahme ist binnen eines Jahres nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder des Bescheides über die nicht bestandene Masterprüfung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. § 32 VwVfG NRW über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt entsprechend. Die oder der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(3) Die Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen, die sich auf eine schriftliche Prüfung beziehen, wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten auf Antrag bereits nach Ablegung der jeweiligen Prüfung gestattet. Der Antrag ist binnen eines Jahres nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie Absatz 2 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 29 – UNGÜLTIGKEIT VON PRÜFUNGEN

(1) Hat eine Kandidatin oder ein Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses nach § 26 Abs. 1 bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die oder der Studierende getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Masterprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses nach § 26 Abs. 1 bzw. der Masterurkunde nach § 27 Abs. 1 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hatte die Kandidatin bzw. der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Vor einer Entscheidung ist den Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis nach § 26 Abs. 1 ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses nach § 26 Abs. 1 ausgeschlossen.

(5) Ist die Prüfung insgesamt für nicht bestanden erklärt worden, ist der Mastergrad abzuerkennen und die Masterurkunde nach § 27 Abs. 1 einzuziehen.

§ 30 – IN-KRAFT-TRETEN

(1) Diese Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau“ im Fachbereich Architektur/PBSA an der Hochschule Düsseldorf tritt rückwirkend zum 01.09.2018 in Kraft. Sie gilt für Studierende, die ihr Studium ab dem Wintersemester 2018/2019 an der Hochschule Düsseldorf im Masterstudiengang „Civic Design – Architektur mit Schwerpunkt Städtebau“ erstmalig aufnehmen.

(2) Diese Prüfungsordnung wird im Verkündungsblatt der Hochschule Düsseldorf veröffentlicht.

HINWEIS AUF DIE RECHTSFOLGEN NACH § 12 ABS. 5 HG

Nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntgabe dieser Ordnung kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Hochschulgesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule Düsseldorf nur unter den Voraussetzungen des § 12 Abs. 5 Nr. 1 - 4 HG geltend gemacht werden; ansonsten ist eine Rüge ausgeschlossen.

ANLAGE: PRÜFUNGS- UND STUDIENVERLAUFSPLAN

Prüfungsformen:

Präsentation mit Kolloquium (PK), Klausur (K), Präsentation (P), mündliche Prüfung (MP), Gestalterische Übung (GÜ), Referat mit Präsentation (R), Hausarbeit (H)

* unbenotet

1. Semester							
Modulkategorie Code-Nr.	Module Lehrveranstaltungen	Wahl- möglichkeit	Voraussetzungen zur Teilnahme an der Lehrver- anstaltung (erfolgreiche Ab- solvierung des Moduls)	SWS	Prüfungs- form	Cre- dits	Cre- dits
MK 1	Studiolabor: Architektur als Städtebau						10
MSc-ACD 1.1.1	Studiolabor: Architektur als Städtebau I Studiolabor I	Pflicht	keine	6	PK	9	
	Studiolabor: Architektur als Städtebau I Intra Muros	Pflicht	keine	1	-	1	
MK 2	Planungsmethodik- und Prozesse						15
MSc-ACD 2.1.1	Instrumente und Verfahren der Stadtplanung	Pflicht	keine	3	H, R	5	
MSc-ACD 2.1.2	Öffentliches Baurecht	Pflicht	keine	3	MP, K	5	
MSc-ACD 2.1.3	Darstellung & grafische Kommunikation	Pflicht	keine	3	H, P	5	
MK 5	Theorie, Geschichte und Kulturwissenschaften						5
MSc-ACD 5.1.1	Stadtbautheorie	Pflicht	keine	3	H, R, MP	5	
Gesamt				19		30	30

2. Semester							
Modulkategorie Code-Nr.	Module Lehrveranstaltungen	Wahl- möglichkeit	Voraussetzungen zur Teilnahme an der Lehrver- anstaltung (erfolgreiche Ab- solvierung des Moduls)	SWS	Prüfungs- form	Cre- dits	Cre- dits
MK 1	Studiolabor: Architektur als Städtebau						10
MSc-ACD 1.2.1	Studiolabor: Architektur als Städtebau II Studiolabor II	Pflicht	bestandene Prüfungen des Moduls: MSc-ACD 1.1.1	6	PK	9	
	Studiolabor: Architektur als Städtebau II Extra Muros	Pflicht	keine	1	-	1	
MK 2	Planungsmethodik- und Prozesse						5
MSc-ACD 2.2.1	Stadtentwicklungsplanung	Pflicht	keine	3	H, R	5	
MK 3	Wahlbereich	Wahl von 1 aus 3					5
MSc-ACD 3.2.1	Grafische Analyse und Kommunikation	Wahl	keine	3	H, P	5	
MSc-ACD 3.2.2	Tageslicht als Faktor im nachhaltigen Städtebau	Wahl	keine	3	H, R	5	
MSc-ACD 3.2.3	Städtebau im Bestand	Wahl	keine	3	H, R	5	
MK 4	Ökonomie und Gesellschaft						5
MSc-ACD 4.2.1	Soziologie und Ökonomie der Stadt	Pflicht	keine	3	H, R, MP	5	
MK 5	Theorie, Geschichte und Kulturwissenschaften						5
MSc-ACD 5.2.1	Theorie: Civic Design	Pflicht	keine	3	H, R, MP	5	
Gesamt				19		30	30

3. Semester							
Modulkategorie Code-Nr.	Module Lehrveranstaltungen	Wahl- möglichkeit	Voraussetzungen zur Teilnahme an der Lehrver- anstaltung (erfolgreiche Ab- solvierung des Moduls)	SWS	Prüfungs- form	Cre- dits	Cre- dits
MK 1	Studiolabor: Architektur als Städtebau						15
MSc-ACD 1.3.1	Studiolabor: Architektur als Städtebau III Studiolabor III	Pflicht	bestandene Prüfungen des Moduls: MSc-ACD 1.2.1	6	PK	9	
	Studiolabor: Architektur als Städtebau III Thesis: Prethesis	Pflicht	bestandene Prüfungen des Moduls: MSc-ACD 1.2.1	3	H	6	
MK 2	Planungsmethodik- und Prozesse						10
MSc-ACD 2.3.1	Ökologie und Energie im urbanen Kontext	Pflicht	keine	3	H, R	5	
MSc-ACD 2.3.2	Frei- und Stadtraum	Pflicht	keine	3	MP, H	5	
MK 4	Ökonomie und Gesellschaft						5
MSc-ACD 4.3.1	Quartierswesen	Pflicht	keine	3	H, R	5	
Gesamt				17		30	30

4. Semester							
Modulkategorie Code-Nr.	Module Lehrveranstaltungen	Wahl- möglichkeit	Voraussetzungen zur Teilnahme an der Lehrver- anstaltung (erfolgreiche Ab- solvierung des Moduls)	SWS	Prüfungs- form	Cre- dits	Cre- dits
MK 1	Studiolabor: Architektur als Städtebau						30
MSc-ACD 1.4.1	Masterarbeit / Thesis Masterarbeit inkl. Kolloquium	Pflicht	Prüfungsleistungen des 1.-3. Semesters	0	Thesis / Kolloquium	28	
	Masterarbeit / Thesis Masterforum	Pflicht	Prüfungsleistungen des 1.-3. Semesters sowie Anmeldung der Thesis	2	-	2	
Gesamt				2		30	30